

Die Entwicklung der Behindertenpolitik in der EG

Autor(en): **Hurst, Rachel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Puls : Drucksache aus der Behindertenbewegung**

Band (Jahr): **35 (1993)**

Heft 5: **Behindertes Europa**

PDF erstellt am: **17.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-158492>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Entwicklung der Behindertenpolitik in der EG

von Rachel Hurst,
Vorsitzende von DPI

«Alle Menschen werden frei geboren und haben gleiche Würde und gleiches Recht». Ich glaube, wir sind jetzt an einem wichtigen Punkt in der Geschichte der behinderten Menschen in Europa angelangt. Ein Punkt, an dem die Strukturen soweit gereift sind, dass Behinderung als das gesehen werden kann, was sie eigentlich ist – ein Problem der Menschenrechte. Wenn Europa in der Behindertenpolitik mit dem Rest der Welt gleichziehen will, dann müssen wir das Beste aus diesen Möglichkeiten machen. Mit der formalisierten Politikstruktur in der *Europäischen Gemeinschaft* haben wir bessere Möglichkeiten als andere Regionen der Welt, sicherzustellen, dass behinderte EuropäerInnen das Recht haben, voll und gleichwertig in die Gesellschaft integriert zu werden.

Warum habe ich gesagt, dass Europa punkto Behindertenpolitik hinter anderen Regionen der Welt zurückliegt? Es scheint oberflächlich gesehen eine ungenaue Aussage zu sein. Bekommen europäische Behinderte nicht Zuschüsse? Haben wir nicht techni-

sche Apparate, Krankenversorgung und Rehabilitation? Haben wir nicht all diese Dinge, von denen wir wissen, dass sie unseren behinderten Kollegen und Kolleginnen in den Entwicklungsländern verwehrt sind? Die Antwort ist ja. Aber wir werden ebenso wie unsere Kollegen und Kolleginnen in den Entwicklungsregionen mit unzugänglichen Orten und diskriminierenden Haltungen konfrontiert. Und obwohl es nur sehr wenig finanzielle Unterstützung in den Entwicklungsländern gibt, gibt es doch ein wachsendes Wahrnehmen der Menschenrechte für behinderte Menschen, das in die Politik einfließt. Dieses Verständnis für Behinderung und Menschenrechte hat in Europa noch nicht genug Unterstützung und überhaupt keine in der Politik der *EG*. Der Hauptgrund für dieses Unverständnis hat sich aus der gängigen europäischen Definition von Behinderung entwickelt. Behinderung wurde als Problem des Individuums betrachtet, als ein Problem, das nur gelöst werden kann, wenn das Individuum und seine unmittelbare Umgebung geändert wird – alle Lösungsprogramme gehen in diese Richtung. Es wird versucht, uns so gut als möglich zu nicht-behinderten Menschen zu machen, und wenn das nicht geht, dann werden Speziallösungen für uns ge-

funden. Diese Speziallösungen haben nur zu unserer Isolation und Absonderung von der übrigen Gesellschaft geführt. Spezielle Schulen und Dörfer sind gebaut worden, Institutionen haben Häuser für uns gebaut. Spezielle Transportsysteme wurden kreiert, um unsere Mobilitätsprobleme zu lösen. Spezielle Programme sind in der Gemeinschaft initiiert worden, die sich nur auf uns als Individuum richten.

All dies wurde in bester Absicht getan. Aber jetzt ist die Zeit für uns gekommen, ehrlich zu sein und zu sagen, dass diese guten Vorsätze fehlgeschlagen haben. Wir behinderten Menschen sind nicht volle und gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft, trotz dieser speziellen Programme. Wir behinderten Menschen werden in den meisten unserer Lebenslagen immer noch diskriminiert, trotz aller Anstrengungen. Wir haben ein ganzes Netz von Berufszweigen aufgebaut, Leute, die angestellt werden, diese Programme auszuführen, aber die behinderten Menschen selber sind immer noch vergleichsweise dreimal schneller arbeitslos als irgendeine andere Gruppe von Menschen. Behinderung wird als ein wichtiges Gebiet angesehen – aber die Behinderten sind noch immer die Ärmsten der Armen in jedem Land und die am meisten Diskriminierten.

Also, wie können wir eine Veränderung bewirken? Zuerst muss von allen, Behinderten und Nichtbehinderten, Laien und Profis, und vor allem von denjenigen, die für die Behindertenpolitik zuständig sind, anerkannt werden, dass Behinderung ein soziales und ein Menschenrechtsproblem ist. Die Lösung unserer Probleme, unserer Diskriminierung liegt im sozialen Wandel. Natürlich brauchen wir Rehabilitation, Krankenpflege und technische Hilfsmittel, aber diese Dinge sollten der Unterstützung unserer vollen Integration in die Gesellschaft dienen. Das Wichtigste ist, dass die Gesellschaft sich selbst ändert und uns einschliesst und dass unsere Rechte als vollwertig integrierte Bürger und Bürgerinnen im Gesetz verankert werden.

Die Gesellschaft zu ändern, ist leichter gesagt als getan! Bisher wurde viel gesagt und nichts getan. Die Vereinten Nationen produzierten 1993 ein wundervolles Dokument namens «Weltaktionsprogramm für behinderte Menschen», das von allen Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde und welches Empfehlungen darlegte, wie Programme aussehen sollten, damit gleiche Voraussetzungen auch für behinderte Menschen erreicht werden könnten. Dennoch haben die wenigsten Länder davon gehört, geschwei-

ge denn etwas in diese Richtung getan. Das Weltaktionsprogramm ist eine einfache Erklärung, wie die volle Integration und die Gleichberechtigung behinderter Menschen durch Politik und Programme erreicht werden könnte. Zwei Themen, die in allen Empfehlungen vorkommen, beziehen sich darauf, dass zum einen behinderte Menschen als ExpertInnen angeschaut werden und ihnen alle Unterstützung zugesichert werden sollte, ihre eigenen Organisationen aufzubauen, und dass zum anderen unser Recht auf volle Integration im Gesetz verankert werden sollte.



Die *UNO* hat auch, dank ihrer Wirtschafts- und Sozialkommissionen, Standardregeln herausgegeben, so dass Mitgliedstaaten ihre Bemühungen zur Erreichung gleicher Voraussetzungen für Behinderte austauschen und evaluieren können.

Die *UNO* verfolgt eine Langzeitstrategie für die Akzeptanz des Weltaktionsprogramms, das nächstes Jahr in der Generalversammlung der *UNO* diskutiert wird.

In der *EG* hat es einen grossen Wandel gegeben. Es ist endlich anerkannt worden, dass behinderte Menschen und unsere Organisationen im Planungsprozess involviert sein müssen. Das *HELIOS-Programm* hat erreicht, dass das auch geschehen konnte. Es war auch aktiv bei der Unterstützung eines Europatages der Behinderten in Zusammenarbeit mit dem *DPI (Disabled Peoples' International)*, das sich für die Menschenrechte für Behinderte einsetzt.

Aber die Entwicklung der Behindertenpolitik muss noch viel weiter gehen. Die momentane europäische Politik in bezug auf Rehabilitation und soziale Integration basiert auf dem individuellen Modell der Behinderung und beinhaltet keinen Rahmen für Programme gegen die Diskriminierung. Das muss dahin ersetzt werden, dass die Menschenrechte für Behin-

derte im Vordergrund stehen. Die spezielle Abteilung, die von *HELIOS* geleitet wird, sollte einen besseren Zugang zu den *EG*-Gremien haben und in den entsprechenden Gremien als wichtigster Partner operieren, damit gesichert ist, dass die Rechte der Behinderten in all jenen Dingen gefordert werden, die uns betreffen – auch sollten behinderte Menschen in jenen Kommissionen arbeiten. Das bedeutet, dass das Büro, das für Massnahmen für behinderte Menschen zuständig ist, zu mehr als der Hälfte Behinderte beschäftigen sollte.

Weiter ist es auch notwendig, dass Behinderte an der *Europäischen Konvention für Menschenrechte* teilnehmen, so dass wir konkret erfahren, dass wir wirklich als Bürger und Bürgerinnen Europas angesehen werden.

Man kann aber behinderten Menschen nicht nur vom Gesetz her gleiche Voraussetzungen geben – wir müssen auch bei politischen Entscheidungen und Programmen, die uns direkt betreffen, voll integriert sein. Darum müssen Behindertenorganisationen richtig unterstützt und von allen *EG*-Ländern anerkannt werden. Es sollte nichts mehr über uns hinweg oder sogar ohne uns geschehen. Wir sind die ExpertInnen für Behinderung.

Wahrscheinlich braucht es für jedes Land unterschiedliche Massnahmen, wie die besten Lösungen für die Behinderten gefunden werden können, je nach nationaler Kultur, Gebräuchen und wirtschaftlicher Position. Aber das Gemeinschaftsdenken und der Wille zum Erreichen der Lösungen könnte eine Revolution punkto Verhalten gegenüber den Behinderten auslösen.

Keiner dieser Richtungswechsel bedeutet, dass Menschen, die bis jetzt Behinderte unterstützt haben, nun plötzlich überflüssig werden – ganz im Gegenteil. Effektiver sozialer Wandel kann nicht passieren, wenn nicht jeder mit jedem gemeinsam versucht, dass es geschieht. Abraham Lincoln sagte über die Befreiung der Sklaven: Indem wir den Sklaven Freiheit geben, sichern wir den Freien die Freiheit. So soll es auch für die behinderten Menschen sein und für jene, die uns befreien.

Ich wiederhole nochmals: «Alle Menschen werden frei geboren und haben gleiche Würde und gleiches Recht».■